

Ausbildungen an Berufsfachschulen – Entwicklungen, Defizite und Chancen

► **Wachsende Schülerzahlen an voll qualifizierenden Berufsfachschulen „außerhalb BBiG/HwO“ wie schwankende Zahlen unversorgter Ausbildungsplatzbewerber werfen die Frage nach dem Stellenwert dieser Schulen im Berufsbildungssystem auf. Dazu zählen auch Überlegungen zu einer veränderten, das Duale System ergänzenden strategischen Ausrichtung der Berufsfachschulen. Der Beitrag gibt Informationen zur quantitativen Entwicklung und Verteilung der Schüler nach stark besetzten Berufen. Er benennt mit dem Bildungsgang verknüpfte Chancen, aber auch Probleme, die eine Verwertung der Ausbildung behindern. Die Vorschläge für Veränderungen zielen auf eine klare Einordnung der Absolventinnen.**



GISELA FELLER

Dr. phil., Dipl.-Päd., wiss. Mitarbeiterin im Arbeitsbereich „Qualifizierungsbedarf, Bildungsangebot und -nachfrage“ im BiBB

Mit einem an einer Schule erworbenen Berufsabschluss beginnen schon seit Ende der 1980er Jahre stetig mehr junge Menschen ihre Berufsbiografie, und es sind mehrheitlich junge Frauen. Über 190.000 Schülerinnen und Schüler weist das Statistische Bundesamt für das Schuljahr 2002/2003 an den Berufsfachschulen aus, die den Kultusministerien unterstehen und nicht nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) in so genannten anerkannten Ausbildungsberufen, sondern (überwiegend) zu „Schulberufen nach Landesrecht“ qualifizieren. 1988 waren es noch unter 70.000. Der Frauenanteil liegt im Jahr 2002/03 insgesamt bei rund 70 %.

Zusammen mit den Schulen und Fachschulen, die für das Gesundheits- und Sozialwesen im Schuljahr 2002/03 insgesamt rund 168.000 Schülerinnen und Schüler ausbilden, erreichen diese Bildungsgänge außerhalb des Geltungsbereiches von BBiG/HwO für das erste Ausbildungsjahr einen Anteil von 22 % der Berufsbildung im Sekundarbereich (ohne Beamtenausbildung; Anteile s. Abb. 1).

Welche Berufe bieten die Berufsfachschulen an?

Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO bilden überwiegend für sach- und personenbezogene Dienstleistungen aus; Schwerpunkte sind technische Assistentinnen¹, an der Spitze die für (Wirtschafts-)Informatik, kaufmännische Assistentinnen und Berufe des Sozial- und Gesundheitswesens wie die Kinderpflegerin (Abbildung 2). Die Anzahl der mit über 2.000 Schülerinnen (relativ) stärker besetzten Berufe hat sich mit den Jahren stetig erhöht, d. h., die Berufspalette wird breiter genutzt.

Die Breite des tatsächlichen Angebots ist aber nicht vollständig darstellbar. Vom Statistischen Bundesamt werden im Schuljahr 2002/03 mit Berufskennziffer insgesamt 73 Berufe ausgewiesen. Daneben gibt es eine stark besetzte Sammelkategorie „sonstige“ (7,5% der Gesamtschülerzahl), hinter der sich neue oder Splitterberufe verbergen können. Auf Basis von Informationen aus der Bundesanstalt (jetzt:

Bundesagentur) für Arbeit fand Strooss nach einer Analyse von „Beruf aktuell 1995/96“ 121 verschiedene Berufsbezeichnungen. Über die Vereinbarungen der Kultusministerien zu den Berufsfachschulen kommt man auf insgesamt 156 Berufe. In das vom BIBB herausgegebene „Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe“ wurden 2003 erstmals auch diese schulischen Berufsausbildungen aufgenommen und mit den zugehörigen Rechtsverordnungen dokumentiert. Es werden insgesamt 171 Berufe aufgeführt. Die Zahl verschiedener Berufe außerhalb BBiG/HwO ist auch deshalb aus den Verzeichnissen nicht zu ermitteln, weil die Länder außer bei den technischen und kaufmännischen Assistentinnen sich bis jetzt nicht auf Rahmenberufsbilder und Eckwerte wie Berufsbezeichnung, Ausbildungsdauer, Abschlüsse oder Zugangsvoraussetzungen verständigt haben. Dies verdeutlichen einige Beispiele aus dem BIBB-Verzeichnis: Die Ausbildung zur Staatlich geprüften Fremdsprachenkorrespondentin dauert in Bayern, Bremen und Hessen mit mittlerem Schulabschluss zwei Jahre, mit Hochschulreife in Sachsen zweieinhalb Jahre, in Nordrhein-Westfalen ein Jahr. Staatlich geprüfte Kosmetikerin kann man nach zwei Jahren in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit Hauptschulabschluss, in Nordrhein-Westfalen mit Fachhochschulreife werden. Die Staatl. anerk. Kosmetikerin in Hessen braucht mit Hauptschulabschluss dafür nur ein Jahr. Die seit 2002 mögliche duale Ausbildung dauert drei Jahre.² Die Liste ließe sich beliebig fortführen.

Welche Schulformen gibt es?

Berufsfachschulen, die sich auch hinter den Bezeichnungen Berufskolleg, (höhere) Handelsschule, Oberstufenzentrum o. a. verbergen können, bieten nicht nur beruflich voll, sondern auch teilqualifizierende Bildungsgänge an und solche, die (nur) zu höheren, i. d. R. mittleren allgemeinen schulischen Abschlüssen führen. Dies prägt ihr Image in der Öffentlichkeit und kann die Verwertung des dort erworbenen Berufsabschlusses in der Wirtschaft deutlich behindern. Ein Teil der formal voll qualifizierten Absolventinnen beginnt anschließend eine Lehre und dupliziert so die schulischen Anteile der Ausbildung. Hamburg und das Saarland haben vor diesem Hintergrund die höhere Handelsschule abgeschafft.

Für die Berufsausbildung außerhalb des Geltungsbereiches von BBiG und HwO sind die Berufsfachschulen quantitativ führend. Sie werden zu 96 % in Vollzeitform absolviert. Weitere Wege zum Beruf führen über Fachschulen, die in Berufen für das Sozial- und Gesundheitswesen ausbilden, und Schulen des Gesundheitswesens. Letztere unterstehen den Gesundheits- oder Sozialministerien, sind also dem Schulrecht nicht unterworfen. Alle Schulformen können sowohl in öffentlicher als auch in privater Trägerschaft stehen.

Abbildung 1 **Berufsausbildung im Sekundarbereich 2002/03 – Anteile im 1. Ausbildungsjahr –**

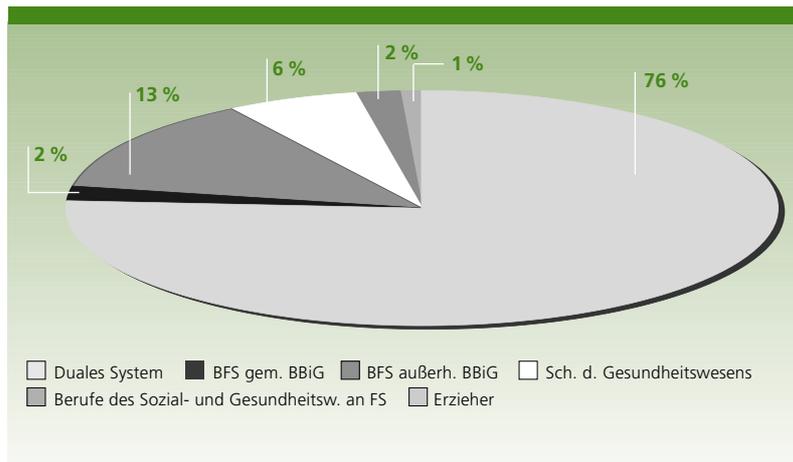


Abbildung 2 **Stark besetzte Berufe an BFS ausserhalb BBiG/HwO und an Schulen des Gesundheitswesens 2002/03**

Beruf	Anzahl der Schüler an BFS	Veränderung an BFS zum Vorjahr in %	Anzahl der Schüler an Schulen des Gesundheitswesens*
Die 10 am stärksten besetzten Berufe an BFS außerhalb BBiG/HwO			
TA f. Inform. u. Ass. f. Wirtschaftsinform.	20.240	4,5	
Kinderpfleger/-in	19.470	-1,7	
Kfm. + Wirtschafts-Ass.	16.308	6,6	
Sozialassistent/-in und Sozialpäd. Ass.	12.768	26,3	
Altenpfleger/-in	9.767	9,4	12277
Gestaltungstechnische Assistent(innen)	8.050	9,5	
Krankenschwester/-pfleger	7.154	-2,4	51725
Ergotherapeut/-in	7.115	8,2	5699
Fremdsprachenass./Europasekretär/-in	6.786	-11,2	
Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in; 3jährig)	6.432	3,6	14970
Zusammen sind das 59,6 % aller BFS-Schüler	114.090	5,0	
Weitere stark besetzte Berufe (N > 2000) an BFS			
Sozialbetreuer/-in + Sozialhelfer/-in	8.036	28,7	
Kosmetiker/-in (incl. Fußpflege bzw. Podologie)	5.269	10,7	77
Pharmazeutisch-techn. Ass.	5.152	2,9	3849
Europa-/Korrespondent/-in	4.524	12,1	
(Haus-)Wirtschafter/-in, -assistent/-in;			
Hauswirtschaftshelfer/-in	4.450	7,9	
Wirtschaftsinformatiker/-in	2.753	111,9	
Chemisch-technische/r Assistent/-in	2.687	11,0	
Techn. Ass. f. Automatisierungs- und Computertechnik	2.679	2,8	
Biologisch-techn. Ass.	2.403	7,7	
Elektrotechnische/r Assistent/-in	2.170	-10,5	
Ass. f. Hotel-, Gaststätten-,			
Fremdenverkehrsgewerbe u. Touristikass.	2.071	12,0	
Diätassistent/-in	2.016	10,3	1226
Zusammen	44.210	13,9	
Insgesamt sind das 82,8 % aller BFS-Schüler	158.300	7,4	
Zum Vergleich: BFS insgesamt, also 100 %:	191.266	8,6	
Restliche „Top Ten“ an den Schulen des Gesundheitswesens**			
Säuglings- und Kinderkrankenschwester/-pfleger			6.244
Med.-techn. Laboratoriumsass.			3.469
Rettungsass.			2.657
Logopäd(e)/-in			2.403
Krankenpflegehelfer/-in			2.092
Zum Vergleich: Schulen des Gesundheitswesens insgesamt, also 100 %:			113.374

* Anmerkung: Einige Sozial- und Gesundheitsberufe werden sowohl an BFS wie an Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet, mit sehr unterschiedlichen Anteilen.

** Zur besseren Vergleichbarkeit werden außerdem die weiteren der zehn am stärksten besetzten Gesundheitsberufe aufgeführt.

Außer den rechtlichen Unterschieden zwischen den Schulformen bestehen solche der Finanzierung. Private Schulen können sich (partiell) durch Schulgeld finanzieren oder bis zur Refinanzierung staatlich oder, wie im Gesundheitswesen, von Krankenkassen bezuschusst werden. Die Krankenpflegeausbildung trägt duale Züge, sowohl was die praktischen Anteile als auch eine Ausbildungsbeihilfe für die Schülerinnen betrifft.

In den letzten Jahren ist an Berufsfachschulen eine deutliche Zunahme von Gesundheitsdienstberufen zu verzeichnen, besonders in den neuen Ländern, speziell in Sachsen, wo nach der Wende diese Schulen nach und nach privatisiert und den Kultusministerien unterstellt wurden, um den Einfluss des Staates auf sie zu behalten. Lediglich Brandenburg weist keinen der bundesrechtlich geregelten Berufe des Gesundheitswesens an Berufsfachschulen aus; für die anderen neuen Länder sind alle oder doch die Mehrzahl davon dort ausgewiesen.

Gerade im berufsbildenden Bereich haben private Schulen seit langem Tradition, besonders für Technik und Gesundheit, und nun hohe Zuwachsraten. Der Anteil der Entlassenen aus privaten gegenüber öffentlichen Schulen ist bundesweit von 29,5 % im Jahr 1993 auf 37,7 % in 2002 gestiegen; in Sachsen betrug der Anteil sogar 67 % gegenüber 33 % aus staatlichen Schulen.

Schwerpunkte der Ausbildung an privaten Berufsfachschulen sind die Gesundheits- und Sozialberufe, insbesondere Ergotherapeutin, Physiotherapeutin, Kosmetikerin, Kinder- und Altenpflegerin, die kaufmännischen Berufe (Europa-) Korrespondentin und Wirtschaftsassistentin, und der Technische Assistent für Informatik (jeweils mehr als 1.000 Schulentlassene in 2002 aus Privatschulen), bis auf den letzten alle frauendominiert. Es gibt einige wenige Berufe, für deren Erlernen man ausschließlich auf Privatschulen angewiesen zu sein scheint: Industrietechnologe und Rettungsassistent gehören dazu, zwei weitere männerdominierte Berufe an Berufsfachschulen.

Welche Chancen haben die Absolventinnen?

Über den Verbleib von Ausbildungsabsolventen gibt es keine amtlichen Statistiken. Das BIBB hat mehrere Absolventenbefragungen durchgeführt und über die Chancen und Verwertung des Abschlusses nach Berufsgruppen berichtet.³

Insgesamt zeigt sich, dass die Verwertungsinteressen und ihre Umsetzung nach Berufsbereichen unterschiedlich sind. In Gesundheitsdienstberufen wird überwiegend direkt gearbeitet. Technische Assistentinnen nehmen mehrheitlich eine Tätigkeit, z. T. ein Studium, auf. Sozialassistentinnen/Kinderpflegerinnen besuchen meist eine weitere Schule. Wirtschaftsassistentinnen haben den geringsten Anteil Berufstätiger; ein weiterer Teil studiert, ein größerer Teil geht in eine vorwiegend kaufmännische duale Ausbildung. Dies ist

jedoch landesteilspezifisch: In den neuen Ländern gibt es nur wenige Auszubildende mit der Eingangsqualifikation „Berufsfachschule“ (über alle Berufe zwischen 1 und 5 % in 2002; in den alten Ländern sind es zwischen 4 und 16 %; Deutschlanddurchschnitt 8 %).⁴ Da die Erfassung nicht nach voll oder teilqualifizierenden Schulen unterscheidet, wird nicht klar, wie viele Absolventen mit Berufsabschluss anschließend ins Duale System gehen.

Der Anteil der Ausbildungsbeginner aus einer Berufsfachschule liegt insgesamt deutlich höher bei den Büroberufen. Auch hier wiederholen sich die Unterschiede zwischen neuen Ländern (zwischen 0,4 % in BB und 9 % in ST) und alten Ländern (5 % in SL und 46 % in NI), wo es in sieben von den zehn Ländern grob ein Viertel sind (D gesamt 19 %). Ob hierbei Überzeugungen und Traditionen mehr Gewicht haben als fachliche Notwendigkeiten, ist eine offene Frage, umso mehr, wenn man andere schulische Eingangsqualifikationen exemplarisch dagegen stellt. So haben 37 % der kaufmännischen Ausbildungsbeginner in Bayern einen Hauptschulabschluss, im Saarland sind dagegen 65 % hochschulzugangsberechtigt.

Die Begründungen von Betroffenen und Experten, ob und warum ein Berufsfachschulbesuch vor Aufnahme einer Lehre sinnvoll und/oder notwendig ist, sind vielfältig. Sie reichen von allgemeiner Orientierung und Verbesserung der Bewerbungschancen aus individueller Sicht über einjährigen Erwerb von IuK-Grundqualifikationen oder zweijährige berufsfachliche Vorbereitung als von Arbeitgebern selbstverständlich angesehener Voraussetzung bis zum Vertrauen in den Erwerb voller beruflicher Handlungsfähigkeit, die dann nach einer oft intensiven Such- und Bewerbungsphase an einem Arbeitsplatz auch bewiesen wird.

Welche Chancen können ausgebaut, welche Defizite abgebaut werden?

Viele Faktoren mit Einfluss auf den Verbleib von Absolventinnen mit Berufsabschluss wie demografische Entwicklung oder wirtschaftliche Lage können im Schulumfeld selbst nicht beeinflusst werden. Bei anderen bedürfte es des Zusammenwirkens der Sozialpartner wie im Dualen System, gerade bei strukturellen Benachteiligungen. So findet die finanzielle Benachteiligung, die sich aus dem Schülerstatus ergibt, ihre Fortsetzung im Fehlen von Standards für die tarifliche Einordnung sowie in der Nicht-Gleichstellung mit Absolventen des Dualen Systems trotz vergleichbarer Berufe, z. B. im kaufmännischen Bereich. Ein weiteres Problem liegt im mangelnden Praxisbezug vieler berufsfachschulischer Ausbildungen. Es fehlt die organisatorische Einbindung in ein Unternehmen und damit die betriebliche Sozialisation. Praktika oder Simulationen in Labors oder Übungsbüros können dies nicht ersetzen. Umgekehrt fehlt potenziellen Arbeitgebern der Einblick in die Fähigkeiten der Bewerber.

Die Lehrlingsausbildung und ihre gewachsenen Strukturen sind in die Wirtschaft eingebettet; mit dem Begriff Duales System verbinden sich konkrete Vorstellungen vom Qualifikationsniveau der Absolventen. Ähnlich müssten auch die Berufsfachschulen für eine klare Einordnung ihrer Absolventinnen stehen. Die Beachtung der folgenden Aspekte könnte sie diesem Ziel näher bringen.

EINIGUNG AUF GESCHÜTZTE BEGRIFFE FÜR SCHULFORM UND BERUFE

Der Terminus Berufsfachschule (oder ein anderer, gewählter wie z.B. Berufskolleg) sollte ausschließlich Bildungsgängen mit Teilnehmerinnen im Schülerstatus und mit Berufsabschluss vorbehalten sein, ebenso der Name (nicht-wissenschaftliche/r) Assistent/-in. Andere Bezeichnungen wie Helfer/-in, Betreuer/-in, Fachkraft oder Fachmann/Fachfrau sind anderweitig besetzt und tragen somit nicht zum Erkennen des Qualifikationsniveaus bei. Zur Abschaffung von Interferenzen sollte zu jedem Beruf eine eindeutige, bundesweit einheitliche Rechtsverordnung gehören.

ECKWERTE UND STANDARDS

Mit der geschützten Berufsbezeichnung geht einher die Festlegung auf bundeseinheitliche Eckwerte, wie sie auch im Dualen System für jede Ausbildungsordnung zwischen den beteiligten Sozialpartnern ausgehandelt werden. Nur so können allmählich länderübergreifende Transparenz und faktische Anerkennung durch Akzeptanz der Berufsfachschulabschlüsse geschaffen werden.

Wie umfassend der Katalog der einzuhaltenden Standards zu gestalten wäre, ist zu prüfen und zu erproben. Die existierenden Rahmenvereinbarungen der KMK reichen jedoch, wie die gegenwärtige Lage zeigt, nicht aus.

PROFILIERUNG

Überschneidungen der Ausbildungen im Dualen System und an Berufsfachschulen sollten identifizierbar sein, also Gleiches auch gleich benannt werden, um kombiniert mit den jeweiligen bildungsgangtypischen Charakteristika dann ein spezifisches, für die Lernorte einmaliges Qualifikationsprofil zu ergeben.

KLAR STRUKTURIERTE BILDUNGSGÄNGE

Eine übersichtliche Struktur der Bildungsgänge an Berufsfachschulen würde allen Beteiligten die Einordnung und Einhaltung des für sie typischen Qualifikationsniveaus erleichtern. Sie soll nicht beengen, sondern müsste sowohl durch Stufungen als auch durch Inhaltsoffenheit Innovationen zulassen und stützen.

DURCHLÄSSIGKEIT UND ANSCHLUSSFÄHIGKEIT

Jede Ausbildung sollte in ein durchlässiges Bildungssystem eingepasst werden und definierte Schnittstellen für den Zugang (wie bereits üblich) und die gestufte Fortführung bis in den tertiären Bereich oder zu fachlichen Schwerpunk-

Absolventinnen von Berufsfachschulen schätzen das breite berufliche Grundwissen

ten ausweisen. Solcher Art standardisierte Bildungsketten, wie es sie auf Hochschulebene mit Bachelor – Master oder Diplom – Promotion – Habilitation gibt, würden auch tarifliche Einordnungen erleichtern.

DOPPELQUALIFIKATION ALS NORM

Die Möglichkeit der Doppelqualifikation sollte grundsätzlich zur Ausbildung an der Berufsfachschule gehören. So sollten konsekutiv oder auch integriert sowohl ein höherer allgemein bildender Abschluss, i. d. R. die (fachgebundene oder Fach-)Hochschulreife, als auch ein zweiter Berufsabschluss oder eine vertiefende Spezialbildung erworben werden können. Das Scheitern in der Zweitqualifikation darf aber nicht automatisch zur Verweigerung des Primärabschlusses führen. (Keine Zwangskoppelung)

BILDUNGSPASS UND „ARBEITSPROBE“

Die aus dem Gesamtkonzept des Berufsbildes obligatorisch und zusätzlich erworbenen Qualifikationen könnten in einem Bildungspass dokumentiert und zertifiziert werden. Eine Abschlussarbeit, dem Gesellenstück aus der Lehre vergleichbar, wäre Beleg des eigenen Könnens bei Bewerbungen. So würde ein individualisiertes Berufsprofil Transparenz und Integration in Erwerbstätigkeit unterstützen.

INTERNATIONALITÄT

Als Charakteristikum sollten internationale Bezüge in den Bildungsgang eingebettet sein wie Sprachenunterricht und fremde kulturelle Erfahrungen, Praktika oder Ausbildungsphasen im Ausland und Sicherstellung der europa- oder weltweiten Anerkennung des Abschlusses.

BESINNING AUF DIE VORTEILE

Die vom BIBB befragten Absolventinnen betonten das breite berufliche Grundwissen speziell in den Gesundheitsberufen. Die Vermittlung von Arbeitstechniken wird als Vorteil betrachtet, besonders von Gestaltungstechnischen Assistentinnen. Hoch geschätzt, insbesondere von den Wirtschaftsassistentinnen, wird der Umgang mit neuen Technologien. Das verpflichtet, die Arbeitsmittel up to date zu halten. Hier können sich Berufsfachschulen profilieren und – bei systematischer gründlicher Vermittlung – gegenüber manchem Betrieb einen Vorsprung verschaffen. Als weiterer Vorteil wird die Klassengemeinschaft empfunden, vermutlich als geschützter Raum, der Trainingsmöglichkeiten für das Sozialverhalten bietet.

QUALITÄTSSICHERUNG

Der Berufsfachschule obliegt es, einerseits die Qualität ihrer Bildungsgänge zu sichern und dies möglichst nach außen durch Zertifizierungen zu dokumentieren, die bei Arbeitgebern Vertrauen in den Abschluss erwecken, sowie andererseits auch für sich selbst als Qualitätsbeweise zu erwerben. Bezeichnungen wie „Staatlich anerkannte Schule“ und „staatlich geprüft“ bei Berufen lassen die Einhaltung von Standards vermuten, die auch als Gütekriterien gewertet werden können; sie sollten der Überprüfung durch jedermann zugänglich sein. Der Qualitätssicherung dient auch wissenschaftlich ausgebildetes Lehrpersonal.

BILDUNGSMARKETING / PRÄSENTATION AUF AUSBILDUNGSMESSEN

Zur Erfüllung der gesellschaftspolitischen Verpflichtung, marktfähig und verwertbar auszubilden, zählt auch, sowohl die Ausbildung als auch die Berufe zu bewerben und sich durch Selbstdarstellung bekannt zu machen.

Die wachsende Zahl von Bildungsmärkten, -messen oder -börsen zeugt vom diesbezüglich gewandelten Denken der Akteure. Berufsverbände oder Schulaufsichten müssten möglicherweise die Beschickung solcher Veranstaltungen durch gezielte Ansprachen von Schulen fördern. Berufsinformationszentren o. ä. Einrichtungen der Arbeitsämter allein sind offenbar nicht in der Lage, flächendeckend die erforderliche Aufklärungsarbeit zu leisten. Auch in diesem Punkt erweist sich das Fehlen einer Lobby, wie sie im dualen System gegeben ist, als Handikap.

KOMMUNIKATIONSPLATTFORMEN

Bilaterale Kommunikationen und Kooperationen, die bereits existieren, wie der Arbeitskreis Schule – Wirtschaft, können als Beispiele guter Praxis anderen als Vorbild dienen. Zusammenkünfte von zukünftigen, gegenwärtigen und ehemaligen Schülern zum Beispiel in Fördervereinen könnten eine Integrationskultur begründen.

AUSTAUSCH MIT WECHSELSEITIGER ORIENTIERUNG

Die Hilfe bei der Vermittlung von Absolventinnen durch die Berufsfachschule führt zu einem verstärkten Austausch mit und Orientierung an der Wirtschaft, ebenso wie gemeinsame Entwicklungen oder die gemeinschaftliche Nutzung von Ausstattungen und neuen Technologien.

NUTZEN DER INNOVATIONSKRAFT

Die (relative) Autonomie der Berufsfachschulen bei der Einführung neuer Bildungsgänge wäre innovativ zu nutzen, ohne jedoch bei neuen Entwicklungen die Bedarfe der Wirtschaft zu ignorieren. Weitere Aspekte betreffen Berufsausbildungen aller Art: die Befähigung zu Selbstmanagement und Transferfähigkeit oder zu lebenslangem Lernen in individuell konzipierten Berufskarrieren sowie auch die Sorgfalt bei der Kreation von Berufsnamen.⁵

Um den Verbleib zu sichern und dem berechtigten Anspruch der Absolventinnen auf einen Arbeitsplatz gerecht zu werden, sind Schule und Wirtschaft trotz prinzipieller Entscheidungsfreiheiten aufeinander angewiesen. Mit neuen Ideen könnten sie sich gegenseitig vorwärts treiben, und die Berufsfachschule könnte zu einem Vorreiter zukunftsfähiger Berufsbildung werden. ■

Literatur zum Beitrag

BIBB (Hrsg.): *Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe*. W. Bertelsmann, Bielefeld 2003

KMK-Rahmenvereinbarungen s. a. *Sammlung der Beschlüsse der ständigen Konferenz der Kultusminister (www.kmk.org)*, darunter: *Rahmenvereinbarungen über die Ausbildung und Prüfung zum technischen Assistenten/zur technischen Assistentin an Berufsfachschulen*. Beschluss der KMK vom 12. 6. 1992.

Rahmenvereinbarungen über die Ausbildung und Prüfung zum Kaufmännischen Assistenten/zur Kaufmännischen Assistentin an Berufsfachschulen. Beschluss der KMK von 1999
Rahmenvereinbarung über die Berufsfachschulen, Anlage 2: Bildungsgänge der Berufsfachschulen, die zu einem Berufsbildungsabschluss führen, der nur über den Besuch einer Schule erreichbar ist,

sofern sie nicht in einer anderen Rahmenvereinbarung bereits geregelt sind (2002).

Landesinstitut für Schule der Freien Hansestadt Bremen: *Projekt 106: Verbleibsuntersuchung für Assistentenberufe*. Projektbericht der Schulbegleitforschung. Bremen 2002

MÜLLER, K.: *Beruflicher Verbleib von Berufsfachschulabsolventen*. Dresdner Beiträge zur Wirtschaftspädagogik Nr. 4/2002. Hrsg. TU Dresden, Dresden 2002

SCHRÖDER-DIJKSTRA, A.: *Länderübersicht über die landesrechtlich geregelten sozialpflegerischen und sozialpädagogischen Berufe (Stand: Oktober 2002)*, Hrsg. Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein – III 51

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): *Berufliche Schulen 2001/02 bzw. Vorabmeldungen für*

2002/03 (Ergänzende Tabellen zur Fachserie 11 Bildung und Kultur, Reihe 2. Arbeitsunterlage, bzw. Reihe 3, Berufliche Bildung. Wiesbaden 2003

STOOS, F.: *Fachrichtungen (Ausbildungsberufe), die an Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens bundesweit bzw. in einzelnen Ländern von privaten und/oder staatlichen Schulträgern angeboten werden*. Arbeitspapier. Nürnberg

WISOC (Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung Chemnitz): *Studie zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung der vollzeitschulischen Berufsausbildung (Abschlüsse an Berufsfachschulen) im Freistaat Sachsen auf der Grundlage einer Analyse über den Verbleib von Berufsfachschulabsolventen*. Abschlussbericht, erarbeitet von I. Ermischer und M. Neufeldt. Chemnitz 2004

Anmerkungen

- 1 Diese und ähnliche Bezeichnungen werden in der weiblichen Form gebraucht, weil Berufsfachschulen weit überwiegend von Frauen besucht werden.
- 2 Das Nebeneinander von Bundes- und Landesrecht ist ein Sonderfall.
- 3 Literaturhinweise und einzelne Ergebnisse können unter www.bibb.de, Thema „Berufsfachschulen“ abgerufen werden. Länderuntersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen (Landesinstitut für Schule/Bremen (o. J.), Müller 2002 und WISOC 2004).
- 4 Statistisches Bundesamt (2003), Reihe 3, und Berechnungen des BIBB
- 5 Vgl. Krewerth, A.; I. Leppelmeier, J. G. Ulrich: „Der Einfluss von Berufsbezeichnungen auf die Berufswahl von Jugendlichen“. BWP 33 (2004) 1, S. 43–47